

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI, Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN
Nr. 23 Dezember 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung
und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90

Nehmt sie beim Wort!

Zum Einheitsfrontmanover Otto Bauers und Paul Lobes am SP-Parteitag

Immer bedrohlicher wird die Lage der Sozialdemokratie. Die Weis, Braun Severing haben das „demokratische“ Bourgeoiseregime solange toleriert, bis die Bourgeoisie stark genug war, das Pferd zu wechseln. Jetzt macht sie den Versuch das faschistische Pferd zu bezähmen, um es zu reiten. Aber die Krefte des bspartischen Regimes Hindenburgs reichen kaum aus, um der faschistischen Sturmflut, die sich vorerst gegen die Arbeiterbewegung richtet, standzuhalten, ohne selbst vom faschistischen Pferd geworfen zu werden, auf das sich zu schwingen — Herr Hitler selbst Anspruch erhebt.

Die sozialdemokratische Bürokratie, aus Amt und Würden verjagt, von der Bourgeoisie auf die Nation euer, das bspartische Regime duldenden Opposition gesetzt, sieht den Boden unter ihren Füßen schwinden. Die Durchschlagskraft der revolutionären Ideen ist kraft der alles unwurzeln Krise des Kapitalismus so groß, daß sie selbst die zentriale Wirkung der zentristischen Kominternpolitik überwindet und immer neue Massen von der Sozialdemokratie zur Komintern stoßen. Von rechts ist die Sozialdemokratie vom Faschismus bedroht, der ihr nicht nur ihren Kleinburgerlichen Anhang abtreibt, sondern es auf die Vernichtung ihrer Organisationen, besonders der Gewerkschaften abgesehen hat. Damit ist aber das heiligste dieser bürgerlich versuchten und sozial gesättigten Bürokratie bedroht — ihre Kleinburgerliche Existenz.

Heffiger und giftiger wird das Drängen der Massen zum revolutionären Kampf. Die Fiktion von der Kraft des Stimmzettels hat längst ihre mystische Wirkung auf die ständlich in ihrer vagen Existenz und ihren primitiven Rechten — bedrohte Arbeiter eingebut.

Der Begriff Demokratie — 1918 im Bewusstsein der großen Masse des Proletariats ein Symbol des Aufstieges der Arbeiterklasse — enthüllt sich mit dem Fortschreiten des kapitalistischen Verfalls als die durch den Parlamentarismus verschleierte Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Die rapid ansteigende Verelendung des werktätigen Volkes, die Zertrummerung der im jahrzehntelangen Kampfe erlangenen sozialen Rechte und Positionen des Proletariats, entziehen dem Reformismus die sozialen Grundlagen.

Faschistische Barbarei oder Sozialismus ist die Alternative. Der Sieg des einen ist ohne den Sieg des anderen, unmöglich.

Mächtiger denn je ist der Wille zur Einheit im Proletariat. Sind wir einzig im Kampf, dann sind wir unsiegsbar das fühlt jeder Arbeiter.

Da setzen nun die „linken“ Fühler der Sozialdemokratie ein. Paul Löbe für die deutsche Sozialdemokratie, Otto Bauer für die Internationale, haben am Parteitag der SPO ein Bekenntnis abgelegt, zur Einheitsfront des Proletariats in internationalen Abstaben, und das sind, nach Otto Bauers Worten, „direkte Verhandlungen zwischen der sozialistischen Arbeiterinternationale und der Komintern“.

Gleich, nachdem diese Worte im stürmischem Beifall verklungen waren, konnte Otto Bauer sich der billigen Argumente gegen die Einheitsfront bedienen, die von der stalistischen Kominternfuhrung der Sozialdemokratie menschenhaft geliefert werden.

Der „linke“ Otto Bauer kann es wagen, davon zu sprechen, „daß man die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse überwinden müsse, um die Macht für die Arbeiterklasse zu erobern“.

und muß hinzufugen, daß dieser Gedanke mit einer elementaren Gewalt unsere (die SP, Ann. d. Red.) Parteigenossenschaft erfat hat“.

Otto Bauer, der in der revolutionären Periode 1917 bis 1923 die internationale Einheitsfront des Proletariats ablehnte, sabotierte und die Koalition mit der Bourgeoisie vorzog, er stellt 1932 die Frage der internationalen Einheitsfront als Voraussetzung für den Kampf um die Macht Welch eine „Wandlung“?

Die Komintern soll ihn beim Wort nehmen!
Otto Bauer, du bist für die Einheitsfront, du bist für

die Eroberung der Macht, wenn „von Internationale zu Internationale“, zwischen Zürich und Moskau ... die Einheitsfront des Proletariats gegundete wird“!

Gut. Moskau ist im Namen der 52 Kominternparteien bereit, diesen Vorschlag schon

Jetzt anzunehmen;

nicht erst bis die Sowjetunion durch ein faschistisches Deutschland, hinter dem das Weltkapital steht, Kriegsgeld angegriffen wird und die Aktionskraft des deutschen Proletariats unter den Messern des Faschismus verblutet ist.

Die Komintern schlägt Dir und der Züricher Internationale vor, ein internationales Aktionsprogramm zum Kampfe gegen jede Art der Konterrevolution und Faschismus. Ferner schlagen wir Dir vor, ein wirtschaftliches Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung von Arbeit und Brot und Maßnahmen zur sozialistischen Lösung der kapitalistischen Krise in Verbindung mit dem zweiten 3 Jahrplan der Sowjetunion.

Nehmt vor dem internationalen Proletariat dazu Stellung, wir sind bereit vor dem internationalen Proletariat mit euch darüber zu verhandeln und auf Grund eines gemeinsamen Aktionsprogrammes die Einheitsfront des Proletariats zu schließen. Wir sind zu einem solchen Kampf bündnis bereit, bei Wahrung der freien Kritik, sowie der politischen und organisatorischen Selbständigkeit der beiden Internationales und ihrer Sektionen.

Seid ihr dazu bereit, euren Worten die Tat folgen zu lassen!

So sollte das Angebot der Komintern auf das Angebot Otto Bauers lauten.

Wird die Sozialdemokratie wirklich kämpfen?

Das wird die Tat beweisen, das lässt sich nicht im voraus akademisch beantworten. Tatsache und Ergebnisse verhandeln die Menschen. Millionen Arbeiter glauben, daß sie kämpfen will, aber durch die Spaltung nicht kann. Geben wir diesen Millionen Arbeitern Gelegenheit, ihre Auffassungen über ihr Fühler durch Tatsachen zu überprüfen. Leere Phrasen: „Die SP-Fühler haben sich schon genug oft entlarvt“, siehe Handlungspolitik, siehe Rothschildpolitik, usw. Das wissen wir Kommunisten, das haben jene zehntausende kommunistischen Rekruten, die durch die Gewalt der Ereignisse von der SP zur KP getrieben wurden, erkannt. Aber Millionen deutsche Ar-

beiter glauben trotz alledem noch an die SP-Fühler. Sie sind bereit mit ihren Fühlern und Organisationen mit uns Kommunisten zu gemeinsame Ziele zu kämpfen, sie sind aber nicht bereit, sich der antifaschistischen Aktion anzuschließen, in der sie mit Recht eine Massenbewegung unter kommunistischer Führung sehen, die sich den Kampf auch gegen die SP-Fühler zur Aufgabe gemacht hat.

Diese Millionen SP-Arbeiter sind aber noch nicht bereit, gegen ihre Fühler zu kämpfen, weil sie den wahren Charakter der Sozialdemokratie noch nicht erkannt haben, weil sie eben selbst noch mit der Ideologie der SP-Fühler mehr oder weniger verbunden sind.

Daher müssen wir Kommunisten ihnen entgegenkommen, uns bereit erklären, mit ihren Fühlern und Organisationen zu kämpfen, wenn sie dazu bereit sind.

Wir Linken sind einzig mit allen, die in Otto Bauers und Lobes Vorschlag zur Bildung der Einheitsfront des Proletariats ein Manöver erblicken, um die von elementaren Kampfemittelwillen beherrschten SP-Arbeiter über ihre wahren Absichten und ihre Feindschaft vor der Bourgeoisie hinwegzulenken.

Aber macht die Komintern den SP-Fühlern nicht die Maner für dieses Manöver, durch ihren zentristischen Unsinn von „Sozialfaschismus“, „Sozialdemokratie und Faschismus sind Zwillinge“ (Stalin); die „Sozialdemokratie ist der Hauptfeind“, ihren „Nationalsozialismus“ und den neuesten Usman Thunmannscher Praanga: „Sozialistische Volksrevolution“!

Wird die zentristische Kominternfuhrung mit der Regierung des Otto-Bauer-Manövers, nicht zum Zutreiber der Sozialdemokratie?

Konnte Otto Bauer seine Manöver nicht nur deshalb wagen, weil er sich der Regierung durch die Kominternfuhrung sicher war.

Kann man der II. Internationale besser helfen, das Otto-Bauer-Manöver zu verschleiern, jeden Kampfe auszuweichen und jeden Verrat, jede Kapitalismen mit der Spaltung zu rechtfertigen — als durch die Ablehnung der Einheitsfront zwischen Zürich und Moskau?

Keit anglo-russisches Komitee neuer Auflage, sondern ein konkretes Kampf bündnis zwischen den Arbeiterorganisationen ist der einzige Weg zum Sieg der Arbeiterklasse über Faschismus und Kapitalismus.

Die Kominternfuhrung hat das Wort. Die Arbeiterkommunisten müssen handeln. Die Linke Opposition weist den Weg.

Es lebe die proletarische Kampfemittel!

Nieder mit den Hinrichtlinien!

Die Brandung der Verzweiflung geht durch Oesterreich. Die 28. Novelle, von der Sozialdemokratie als großer Erfolg gefeiert — „keine Aussteuerungen und Kürzungen mehr“, schrieb die SP-Press — enthüllt sich als schlimmstes Attentat auf die Arbeitslosen und die ganze Arbeiterklasse.

Die wucherische Warenumsatzsteuer hat man verdoppelt. Jeden Bissel, den der Arbeiter in den Mund steckt, hat man zugunsten von ein paar Dutzend Grogrundstuckern und Händlern durch Wucherzolle verteuert und gleichzeitig den Unterstutzungsraub fortgesetzt.

Wenn dem Hause Rothschild, der Credit-Anstalt und ihren Auslandsglaubigern aus Staatsstuckeln über eine Milliarde Schilling

in den unersättlichen Rachen geworfen werden, wenn der arbeitende Mensch zahlen muß, was die Finanzhaie verwirrschaftet haben, dann muß das arbeitende Volk hungern, Industrie und Gewerbe darniederliegen, und kann nicht auch für den Arbeitslosen Geld da sein — weil es die Regierung zur Deckung der Bankschulden, die gewissenlose Verbrecher heraufbeschworen haben, braucht.

Jahrzehntlang ist Oesterreich den Aktionären der Creditanstalt tributpflichtig. Die Zollpolitik der Regierung hat Oesterreich zum teuersten Land Europas gemacht. Hunderttausende hungern und frieren, Zehntausende verhungern mitten im Ueberfluß an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln.

Der Wahnsinn einer Ordnung, die ungeheure Mengen Lebensmittel ins Meer wirft, in Lokomotiven stulgt, weil die ganze Ernte vernichtet, ganze Industrien stulgt, weil die Magazine überfüllt sind (während Millionen des Durftigsten entbehren), und Abermillionen Arbeiter in die Hölle der Arbeitslosigkeit stößt — muß beseitigt werden, wenn wir nicht in der Barbarei des Faschismus zugrunde gehen wollen.

Schlu mit der kapitalistischen Sanierungspolitik der Sozialdemokratie, die uns in den Sumpf geführt hat.

Aufgeschreckt durch die „katastrophalen Folgen“, die die SP jetzt die Ergebnisse der von ihr bis vor kurzem verteidigten 28. Novelle nennt, aufgefurdert aus der Behaglichkeit der gefüllten Bäuche durch die Verzweiflungsrufe von den Arbeitsvermittlung, haben sich die Gewerkschaftsvorstande und SP-Fühler zur Stellung von Arbeitslosenforderungen an die Regierung entschlossen.

Soll diesen Forderungen, trotz ihrer Bescheidenheit, nicht dasselbe Schicksal beschieden sein, wie dem Volksgehren für die Arbeitslosen (was ist es damit, ihr reformistische Heuchler? Den Zweck eines Wahlgeschaftes hat es erfüllt, . . .), so muß der

auerparteiliche Massenkampf der gesamten Arbeiterklasse für die Arbeitslosenforderungen organisiert werden.

Die SP-Fühler haben auf ihrem Parteitag festgestellt,

die sozialdemokratische Partei repräsentiere die Einheit der österreichischen Arbeiterklasse. Sie sollen nun endlich einmal zeigen, ob sie diese Einheit — statt wie bisher, in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft und des Staates — auch in den Dienst der Arbeiterklasse stellen wollen?

Schluß mit der Willkürherrschaft bei der Bemessung der Unterstützungssätze! Schluß mit Kürzung und Raub der Unterstützungen! Allen Arbeitslosen die volle Arbeitslosenunterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit! Kampf für Arbeit und Brot!

Das 12. Ekkiplenum — eine neue Etappe im Verfall der Komintern

In der kritischsten Phase der Krise des Kapitalismus ist in Moskau das Plenum des Exekutivkomitees der Komintern zu einer Tagung zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat Kuusinen: „Ueber die internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der Komintern.“

Die Führung der Komintern stand vor der schweren und verantwortungsvollen Aufgabe, den bisherigen Verlauf der Krise zu untersuchen und den alarmierenden Widerspruch zu erklären, daß es den Sektionen der Komintern nicht gelingt — trotz steigender Massensympathien für den Kommunismus — große Arbeiterkämpfe, revolutionäre Massenaktionen zu organisieren.

Es stand vor der Aufgabe, zu erklären, warum es in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei dem Faschismus gelingt und gelungen ist, ansehnliche Teile reformistischer Arbeiter und demokratischer Kleinbürger, die in den Periode der Stabilisierung der Sozialdemokratie folgten, an sich zu reißen, warum die deutsche Partei trotz wachsender Wählerzahl — innerlich verfällt, warum sich die französische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zusetzen und an Einfluß verlieren, obgleich eine Radikalisierung der Massen sichtbar ist, warum es in England der Partei nicht gelingt, ihren Seelencharakter zu überwinden, obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß England den ersten Aufschwung seit der Niederlage im Generalstreik 1926 erlebt.

Das 12. Ekkiplenum hat diese Widersprüche in den wichtigsten Gebieten Europas nicht einmal berührt und es konnte daher auch keine Antwort auf die brennendsten Gegenwartsfragen des internationalen Klassenkampfes geben. Dies zeigt sich am sinnfälligsten an den Fragen der spanischen Revolution, der ersten Revolution seit 1917 bis 1919, einer bürgerlichen Revolution, die vom ersten Tage an bewies, daß die Lösung der wirklich revolutionär-demokratischen Aufgaben, der Lösung der Agrarfrage und des Nationalitätenproblems, nicht von der Bourgeoisie, sondern nur vom Proletariat gegen die Bourgeoisie erfolgen kann — durch die proletarische Machtergreifung. Die Thesen des 12. Ekkiplenums begnügten sich mit dem lapidaren Satz, daß jeder spanische Kalender am 14. April, dem Jahrestag der Revolution, verzeichnet: „In Spanien Revolution.“ Damit ist der Charakter der gegenwärtigen Situation in Spanien durch den Generalstab der Weltrevolution „ausreichend“ gekennzeichnet. Ueberflüssig zu sagen, daß das Ekkiplenum nach wie vor den Kurs auf eine „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ einschlägt.

Noch krasser tritt das Versagen des Ekkiplenums in der allgemeinen Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Situation zutage. Für jeden revolutionären Marxisten müßte es nach dem bisherigen Verlauf der Krise klar sein, daß die Gefahr immer näher rückt, daß es dem Kapital gelingt, auf Kosten der Arbeiterklasse seine erschütterte Herrschaft wieder zu festigen. Wir glauben nicht, daß es dem Kapital bereits gelungen ist, den Tiefpunkt der Krise zu überwinden, noch weniger glauben wir, daß die Ueberwindung des Krisentiefpunktes einen allgemeinen Aufschwung des internationalen Kapitalismus zur Folge haben wird. Selbst wenn es dem mächtigen Zentrum des Weltfinanzkapitals, den Vereinigten Staaten, gelingen wird, den Tiefpunkt endgültig zu überschreiten, wenn es ihr gelingen sollte, von dem halben, stillliegenden Produktionsapparat einen ansehnlichen Teil wieder in Gang zu bringen, dann wird es sich zeigen, daß es nur ein Teil der Industriestaaten gelingen wird, einen neuen Aufschwung zu erreichen, während andere Industriestaaten, sei es infolge ihrer materiellen Schwäche oder infolge ihrer politischen Ohnmacht im Zustand der permanenten Krise verharren werden.

Aber abgesehen von dieser Entwicklung haben sich gerade in diesem Jahre weltpolitisch entscheidende Veränderungen gezeigt, die deutlich signalisieren, daß sich das internationale Kapital darauf vorbereitet, mit kriegerischen Mitteln seine inneren Gegensätze auszutragen. Der japanisch-chinesische Krieg, der weder voll ausreißt, noch weniger aber beendet wird, zeigt die Gespanntheit der internationalen Lage. Er „reißt“ nicht aus, denn als offener Krieg muß er sofort die imperialistischen Mächte der ganzen Welt auf den Plan rufen und noch zögern die Mächte. Hinter dem Krieg steht die Revolution.

Er kommt aber auch nicht zu Ende, denn die friedlichen Mittel der Expansion sind für den japanischen Imperialismus erschöpft, seit seine Macht immer fühlbarer auf den nationalrevolutionären Widerstand der chinesischen Volksmassen stößt.

Im Schatten des ostasiatischen Krieges ist in Lausanne die Aufrichtung der neuen Entente zwischen Frankreich und England erfolgt, hat Deutschland die aktive imperialistische Außenpolitik mit dem Kampf um die „Rüstungsgleichheit“ eröffnet.

Das Ekkiplenum zählt die „Gefahr eines neuen Weltkrieges“ in seiner Resolution auf. Aber welche Konsequenzen zieht es aus dieser Lage? Fataleisch proklamiert die Resolution, es „müssen die kommunistischen Parteien den abstrakten und buchhalterischen pazifistischen Erklärungen der Sozialdemokratie den wirklichen Kampf gegen

die Vorbereitung des Krieges entgegenstellen“. Ausgezeichnet! Aber praktisch sieht dieser „Kampf“ so aus, daß sich sämtliche Pazifisten und demokratische Literaten Europas in Amsterdam ein Rendez-vous gaben, um dort unter der glorieichen Führung Münzenbergs Brandreden gegen den Krieg anzuhören oder selbst zu halten. So, wie weiland in der zweiten Internationale —

Aber das Versagen des Ekkiplenums zeigt sich nicht nur bei dieser Seite der Frage. Es verschweigt bewußt den widerspruchsvollen Charakter der gegenwärtigen Phase der Krise, es verschweigt die Gefahren, die der bisherige konterrevolutionäre Angriff des Kapitals gegen das Proletariat signalisiert, und ersetzt die Klärung dieser Gefahren durch die bürokratische Deklamation: „In allen kapitalistischen Ländern wachsen die Kräfte der proletarischen Weltrevolution unentwegt.“

Ansonsten wiederholt das Ekkiplenum alle politischen Irrtümer, die bereits zum unentbehrlichen Bestandteil seines theoretischen Rüstzeugs geworden sind: daß in Deutschland bereits „eine der Formen der faschistischen Diktatur erreicht“ ist, daß die deutschen Kommunisten im besten deutschen Imperialismus und den faschistischen Chauvinismus schlugen, wenn sie den Kampf für „die nationale Befreiung“, gegen Versailles, in den Mittel-

punkt rücken. (Diese schmähliche Linie wird heuchlerisch durch den theoretischen Hinweis der Resolution verschleiert, daß „es gilt, überall einen zähen Kampf gegen die gefährliche Ideologie des Chauvinismus, einen Kampf für den Internationalismus zu entfalten.“) Die Sozialdemokratie bleibt weiter über „Zwillingsbrüder des Faschismus“, und die Einheitsfront wird nur „von unten“ anerkannt, d. h. praktisch preisgegeben.

Dafür aber wird den Sektionen der Komintern eine Wendung im innerparteilichen Regime verordnet: „Auf dem Gebiete sämtlicher Zweige der Parteiarbeit ist auf eine entschlossene Abstellung des Ultrazentralismus, des bloßen Kommandierens ... hinzuwirken.“

Praktische Ergebnisse dieser Wendung liegen bereits vor: in Rußland wurden Sinowjew und Kamejew ausgeschlossen, weil sie kritische Dokumente, die gegen Stalin gerichtet sind, geleckt haben, werden hunderte Linke neuerdings verhaftet und deportiert. In Deutschland wurde die Komödie mit dem Fall Neumann aufgeführt. Die Clique Thälmann schlug die Clique Neumann auf Haupt, setzte an die Stelle von Neumann-Beamten — Thälmann-Beamten und führte den politischen Kurs der Neumannen, den Nationalbolschewismus, auf die Spitze.

Gleichzeitig werden in allen Berliner Arbeiterbezirken aufrechte, revolutionäre Genossen ausgeschlossen: in Berlin-Nordost, Berlin-Gesundbrunnen, Berlin-Rothenkendorf, Moabit, Charlottenburg usw.

Das Neue, das das 12. Ekkiplenum brachte, liegt nicht auf strategisch-taktischem Gebiete: dort bleibt alles beim Alten. Neu und ungewöhnlich ist nur der Grad, den der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis angenommen hat, vor allem in der Frage der Kriegskämpfung, des Kampfes gegen den Chauvinismus und dauerparallenen Regimes. In die Geschichte der Komintern wird das 12. Ekkiplenum als eine weitere Etappe des Verfalles eingehen. Spectator.

„Um die Einheit unserer Klasse“ Wie Ulbricht die Idee der Einheitsfront verfälscht

Am 19. und 20. November tagte in den Kammersälen in Berlin der Bezirkspartei-tag Berlin-Brandenburg der KPD. Die stärkste Partei von Berlin, Vertreterin von 860.000 Arbeitwählern, die in Berlin 37.000 Mitglieder organisatorisch erfaßt hat, stand vor der Aufgabe, in einem besonders kritischen Zeitpunkt der Krise der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland der Arbeiterklasse den Ausweg zu zeigen.

Der Parteitag stand im Zeichen des offenen Ausbruchs der Krise im Lager der herrschenden Klassen, des Rücktritts Papen und der Verhandlungen Hindenburgs mit Hitler über die Verstärkung der Militärdiktatur durch Einbeziehung der Faschisten.

Wahrhaftig, eine Situation, voll großer revolutionärer Möglichkeiten, aber nicht weniger reich an großen unmittelbaren Gefahren.

Die Parteimitgliedschaft spürt den Ernst der Situation, sie sieht, wie sich der Ring der Konterrevolution um die Partei schließt, sie weiß, wie die allgemeine Erbitterung der Arbeiterschaft, die Radikalisierung des Kleinbürgertums wächst, aber sie weiß auch aus den Erfahrungen im BVG-Streik, daß die bisherige Politik und Taktik der Führung es unmöglich macht, wirklich revolutionäre Massenkämpfe erfolgreich zu führen. Es war kein Zufall, daß auf dem Parteitag das Referat des Gen. Ulbricht an einer einzigen Stelle durch stürmische Bravo-Rufe unterbrochen wurde, nämlich dort, wo Ulbricht sagte, notwendig ist

„die Konzentration aller revolutionären Kräfte des Proletariats, die Konzentration der breitesten Massen des werktätigen Volkes“.

Selbst die geriebten, ZK-treuen Delegierten, spürten, daß hier die Schicksalsfrage der deutschen Revolution flüchtig gestreift wurde.

Wer aber glaubt, daß Ulbricht nur den Versuch machte, wirklich die Frage ernsthaft zu stellen:

„Wie kommen wir zur Konzentration der proletarischen Kräfte gegen die Konterrevolution?“ der wurde bitter enttäuscht.

Ulbricht „bewies“ — getreu der Linie des ZK und der „Roten Fahne“ — daß diese Einheitsfront schon besteht und daß sie bereits einen gewaltigen Erfolg verzeichnen konnte:

„Unsere Einheitsfrontaktion zwang Papen zum Rücktritt. ... In der Tat ist der Sturz der Papen-Regierung die Folge der wachsenden Kampfkraft der Einheitsfront der Arbeiter und es ist das Verdienst der kämpfenden Verkehrsarbeiter, der Papen-Regierung den entscheidenden Schlag versetzt zu haben.“

Ist dem wirklich so, ist es uns durch den BVG-Streik gelungen, das gleiche Resultat zu erzielen wie im August 1923, wo die Massenkraft des Proletariats die Cuno-Regierung stürzte? Es ist eine lächerliche Selbsttäuschung, dies zu behaupten. Gewiß hat die mächtige, spontane Streikaktion der BVG-Arbeiter — trotz des Zusammenbruchs des Streiks am 5. Streiktag — der Papen-Regierung einen Schlag versetzt. Sie mußte erkennen, daß ihre schwachen Kräfte und ihre Maßnahmen nicht ausreichen, um den 20. Juli zu verewigen, d. h. die Arbeiterklasse zum widerstandslosen Rückzug zu zwingen. Das war nach der Lehre, die die Militärdiktatur aus den Wahlen zog. Und oben daran versucht sie jetzt ihre Massenbasis zu befestigen, um den Druck auf die Arbeiterklasse noch zu verstärken. Von entscheidender Bedeutung für die Umgruppierung der Kräfte der Konterrevolution ist der Kampf zwischen Großgrundbesitz und Finanzkapital, zwischen Kontingen-

tierungspolitik und Exportförderung, der die Papenregierung sprengte.

Die Kraft der Arbeiterklasse hat noch nicht ausgereicht, um das System der Militärdiktatur wirklich zu beseitigen.

Papen ging — geblieben aber ist die Militärdiktatur.

Es ist eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn die Parteiführung sich der eiteln Hoffnung hingibt, daß sie mit ihrer Kraftentfaltung das System der Militärdiktatur „hinweggefegt“ hat. Sehr rasch werden neue Erfahrungen diese Illusion zerflattern lassen. Um wirklich die Militärdiktatur zu vernichten, muß der Hauptstoß gegen ihre wichtigste Reserve, gegen den Faschismus gerichtet werden. Solange die Militärdiktatur noch die Rückendeckung durch den Faschismus hat, solange noch die Gefahr besteht, daß sie, wenn sie am Ende ihres Lateins ist, der offenen faschistischen Diktatur

Platz machen kann, solange ist eine ernste Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen dem Lager der Konterrevolution und dem Proletariat noch nicht erfolgt.

Darum muß der Hauptstoß gegen den Faschismus, gegen die NSDAP gerichtet werden!

Wir Kommunisten allein können den Faschismus solange nicht entscheidend schlagen, solange noch der Reformismus die wichtigsten Teile der Arbeiterklasse, der Betriebsarbeiter, der Gewerkschaftsmassen lähmt. Wir können den Faschismus nicht wiedereingehen, solange in unserem Rücken noch der Reformismus, gestützt auf Arbeitermassen, sein verrottenes Spiel wagen kann. Gerade das zeigte in klassischer Weise der BVG-Streik.

Die Tatsache, daß nicht wir, sondern die reformistische Bürokratie die Gewerkschaftsmassen lenkt, hat im BVG-Streik zu einer Amalgamierung zwischen revolutionären Streikenden und faschistischen Streikdemagogen geführt.

Hätten wir Kommunisten ein festes Kampfbündnis mit den SP-Arbeitern und einen organisierten Oppositionsflügel im Gesamtverband gehabt, die kämpfende, proletarische Streikfront in der BVG hätte die Streikdemagogen der Nazis und die Streiksabotage der Bürokraten abgewehrt. Das muß man verstehen und die richtigen Lehren daraus ziehen:

„Vereinigt Euch zum gemeinsamen Kampf!“ ruft das ZK in einem Appell, und so ruft auch Ulbricht auf dem Bezirkspartei-tag:

Einheitsfront heißt gemeinsamer Kampf gegen die gemeinsame Not, aber gleichzeitig auch Kampf gegen die Spalter, gegen die Verbündeten des Faschismus, gegen die Streikbruchspolitik und Bankrottismus vom 20. Juli.“

Ist das wirklich alles? Nein, das ist nicht die Einheitsfront, wenn wir die SPD-Arbeiter auffordern, sie sollen sich doch endlich mit uns Kommunisten vereinigen und ihre Organisationen und Führer verlassen! Gewiß müssen wir sie ständig dazu auffordern, sie überzeugen, sie in unsere Partei überführen. Das ist die elementare Aufgabe der Partei. Das aber ist nicht das Problem der Einheitsfront.

Das Problem beginnt erst dort, wenn wir — und dies geschieht tausendfach, millionenfach — auf SPD-Arbeiter treffen, die wohl bereit sind, außerparlamentarisch zu kämpfen, die aber noch nicht die Hoffnung auf ihre Partei restlos aufgegeben haben.

Wie diese Arbeiter überzeugen? Mit Worten, mit Diskussionen? Und wenn sie — wie die Erfahrung zeigt —

wohl die meisten Fehler ihrer Führer zugeben und nur mit den Fehlern unserer Partei antworten, was aber wenn ihr Vertrauen zu den reformistischen Politik bereits wankend wurde, sie aber noch kein Vertrauen zu uns Kommunisten haben?

Was dann — und die Erfahrung zeigt, uns ja, daß die Mehrheit der Klassenbewußten SPD-Arbeiter sich gerade in dieser Situation befindet?

Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: 1. diese Arbeiter sich selbst überlassen, damit sie durch eine Katastrophe ihrer letzten Illusionen bestraft werden. Diese Taktik ist ein Verbrechen: sie treibt diese Arbeiter geradezu der Inaffizienz oder dem Faschismus in die Arme. Diese Taktik führt zum Zusammenbruch der revolutionären Möglichkeiten, die heute bestehen.

Der 2. Weg ist der Weg der revolutionären Einheitsfront. Ihr SPD-Arbeiter wollt kämpfen, ihr glaubt, daß eure Führer schließlich und endlich doch noch kämpfen werden! Nun, wir wollen sehen, wer recht hat: Wir Kommunisten, die in euren Führern Hinfinken erblicken oder ihr, mit euren Illusionen!

Hier ist ein einfaches Aktionsprogramm, das die elementarsten Forderungen des Proletariats enthält.

I. Für volle Koalitions-, Demonstrations- und Pressefreiheit der Arbeiterorganisationen! Für den Sturz der Militärdiktatur!

II. Für die Verteidigung der Arbeiterorganisationen gegen die Faschisten, für die Auflösung der SA.

III. Für die Beseitigung der September-Notverordnung, gegen jeden Lohnraub, für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf den Stand von 1928.

IV. Für die Gewerkschaftseinheit, für die Aufnahme der revolut. Ausgeschlossenen, für den Ausschluß der Faschisten aus den Gewerkschaften, für die Einsetzung

der Gewerkschaften in den politischen Massenkampf. V. Für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, für die Verteidigung der USSR, gegen Imperialismus und Büttung.

Kann es einen SPD-Arbeiter, einen Gewerkschaftskollegen geben, der diesen Forderungen nicht zustimmt? Gewiß nicht: und da sie glauben, daß auch ihre Organisationen den Kampf für diese Forderungen zu führen bereit wären, um eben deswegen schlagen wir Kommunisten vor:

Gemeinsame Kampfausschüsse der KPD, RGO, SPD und ADGB zur Durchführung dieses Aktionsprogrammes, gemeinsame Klassenwehren gegen den Faschismus.

Ueber ein solches Kampfbündnis sagt unser Plattform:

„Ein solches Kampfbündnis, das die Arbeiterklasse für klare Gegenwartsziele in dem außerparlamentarischen Kampf führt, eröffnet in der gegenwärtigen Situation dem Kommunismus grandiose Perspektiven. Im Verlaufe des Kampfes für diese Ziele stößt die Arbeiterklasse sofort auf den schroffsten Widerstand der herrschenden bonapartistischen Militärdiktatur, die sich um so offener auf die Seite des Faschismus stellen wird — mit ihm verbündet, vereint, ihm unter gewissen Umständen den Platz räumend —, je gewaltiger der proletarische Massenwiderstand anschwillt und den faschistischen Terror bricht. Im Kampf und durch den Kampf erkennen erst die zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, daß ein wirklich dauerhafter Erfolg ihres Kampfes nicht anders möglich ist als durch die revolutionäre Eroberung der politischen Macht. In dem Maße, als die Arbeiterklasse dies erkennt, verändern sich die Funktionen der Kampfausschüsse, sie werden aus antifaschistischen Kampforganen zu Instrumenten des proletarischen Befreiungskampfes, zu Sowjets.“ (Plattform:

„Deutschland zwischen Konterrevolution und Revolution“, Kapitel V, Gegenwartsaufgaben des revolut. Proletariats.)

Natürlich wird ein solcher Prozeß nicht harmonisch verlaufen, nicht ohne scharfe innere Reibungen vor sich gehen. Je mehr der Reformismus innerhalb der Einheitsfront an Boden verliert, je kraftvoller der revolutionäre Aufschwung wächst, um so stärker wird sich der konterrevolutionäre Widerstand der reformistischen Spitzen entwickeln. Unsere Plattform schreibt darüber:

„Die Einheitsfronttaktik ist eine unvermeidliche Etappe im Prozeß der Wiedergeburt der Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Sie ist nur eine Etappe, die um so schneller ihrem Ende entgegengeht, je rascher der revolutionäre Sammlungsprozeß der Massen im Zeichen des Kommunismus erfolgt.“

Ebenso unvermeidlich wie die Einheitsfronttaktik ist die Krise der Einheitsfront, je näher die akut-revolutionäre Situation heraufreißt.

Die kommunistische Partei ist verloren, wenn sie in ihren Reihen die Illusionen aufkommen läßt, daß die Einheitsfronttaktik auch eine der Voraussetzungen des unmittelbaren Machtkampfes, des Aufstandes, ist. Die Einheitsfront gibt der revolutionären Partei in der vor-revolutionären Etappe die Möglichkeit, zur anerkannten Führung der Arbeiterklasse zu werden. Darin besteht die historische Bedeutung dieser Taktik“ (Plattform: B. Die Internationale Linke und der Zentralismus. Kapitel: Die revolutionäre Ueberwindung der Sozialdemokratie.)

Das also ist Form, Inhalt und Ziel der proletarischen Einheitsfront. Alles andere ist leeres Gewäsch, hinter dem sich die Ablehnung der Einheitsfront verbirgt oder Opportunismus, Einheitsduselei im Stile des Brandstifters von 1923. Spectator v.

Ergebnis des SP-Parteitag: Auf die Mehrheit warten!

Der Austromarxismus ist entschlossen, die „konterrevolutionäre Situation“ demokratisch zu tolerieren

Von Karl Daniel

Noch vor einem Jahre hielt der schlaue Fuchs Otto Bauer es für ratsam, dem österreichischen Proletariat eine revolutionäre Perspektive zu präsentieren, denn man weiß doch noch nicht genau, wie der politische Hase in Deutschland läuft. Auch Otto Bauer irrte sich in der Einschätzung der Aktionsfähigkeit der KPD. Er rechnete noch vor einem Jahre nicht mit einer derartigen Ohnmacht der Komintern. Das Versagen der Komintern erklärt die Widerstandsfähigkeit der Sozialdemokratie und gibt ihr neue Chancen, sich trotz ihrer Rothschild- und Hindenburgpolitik in ihren Grundkademern zu behaupten. Indessen hat sich in Deutschland eine bonapartistische Diktatur etabliert und in Oesterreich weist der politische Magnet auf Diktaturregime.

Trumpfte Otto Bauer am Grazer Parteitag mit dem „Zusammenbruch“, indem er auf ein wirtschaftliches 1918 anspielte, präsentierte er doch die Rothschildpolitik der SP als den Auftakt zum Staatskapitalismus, so schlägt er jetzt ganz andere Töne an.

Der Rückzug, den die SP am Parteitag antrat, ist ebenso groß, wie die Entfernung Graz—Wien. „Liebäugelte“ man 1931 in Graz mit der Diktatur des Proletariats — so singt man in Wien 1932 ein Loblied auf die Demokratie und die österreichische Insel der Freiheit.

Die deutsche Demokratie ist plutsch. Die SPD hat aus Gründen höchster Staatsweisheit — trotz der Magdeburger Proklamationen: „Wenn schon Diktatur, dann unsere“ — sich mit der Diktatur der Junker und Militärs abgefunden. Der Kampf der SPD um die Demokratie gipfelte darin, daß man sich beim Kadi beklagte und gegen die diktatorischen Lohnraubnotverordnungen Protesttelegramme an Hindenburg sandte.

Die österreichische Demokratie verkauft, am lebendigen Leibe. Daher vertritt Otto Bauer jene Genossen, die an der Demokratie zu zweifeln beginnen, auf die „letzte Entscheidung“, die aber nur fallen könne „in einer revolutionären Situation“. Es wäre müßig, mit Otto Bauer darüber zu streiten, was er unter revolutionärer Situation versteht. Und jetzt darüber zu diskutieren, „ob eine solche revolutionäre Situation unvermeidlich die Demokratie sprengen muß oder ob vielleicht in einer revolutionären Situation die Demokratie auf demokratischem Wege der Arbeiterklasse die Macht in die Hand geben wird und die Bourgeoisie es in einer solchen Situation nicht mehr wird wagen können, sich der Entscheidung des Stimmzettels zu widersetzen.“, hält Otto Bauer für sinnlos, denn wir wissen „leider nicht in dieser revolutionären Situation“, „Das Problem stehe heute“, sagt Otto Bauer, „hier nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, diese Entscheidung ist heute nicht herbeizuführen, sondern im Augenblick stehen wir vor einer ganz anderen Frage . . . hier eine Insel demokratischer Freiheit zu erhalten“.

Bei Karl Marx haben wir gelernt, hinter politischen Formeln ökonomische Interessen, bzw. soziale Tatsachen zu erblicken. Demokratische Freiheit war die Lösung der Bourgeoisie — ihr voran ging die Lösung: Freiheit dem Handel, Demokratie und Kapitalismus sind zwei identische Begriffe; der eine ist ohne den andern nicht möglich. Demokratische Freiheit heißt: Freiheit dem Kapitalismus — Lohnsklaverei dem Proletariat.

Der Kampf der Sozialdemokratie um die Demokratie — ihr Bekenntnis zur bürgerlichen Freiheit ist nichts anderes, als das Bekenntnis zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Den veränderten Verhältnissen paßt sie ihre Theorien und ihre Taktik an. Aber die Achse ihrer Politik bleibt — selbst in der revolutionären Situation — die Erhaltung der Demokratie, d. h. des Kapitalismus, und sei es auch „nur“ der Staatskapitalismus.

Daher hat es für Otto Bauer „nicht allzuviel Sinn“

über die Rolle der bürgerlichen Demokratie in der revolutionären Situation zu sprechen, denn um sie wird sich die ganze Konterrevolution scharen, und an deren linker Flanke beschwört, wie 1917 in Rußland, 1918 in Mitteleuropa, die Sozialdemokratie die Arbeitermassen, die die bolschewistischen Methoden nicht um die „Freiheiten“ der Demokratie vertauschen, . . .

Aber sagt Otto Bauer, sich auf Trotzki berufend: „Demokratie schließt auch das ein, was Trotzki die Arbeiterdemokratie nennt. . . . Das ungeheuer mannigfaltige Leben der Arbeiterschaft, das sich in ihren eigenen Organisationen entwickelt . . . dieses ganze vielverzweigte Leben der Arbeiterschaft selbst, in dem sie ihren Kampf organisiert und in dem sie ihr ganzes Leben gestaltet. . . .“ Ganz richtig. Das Proletariat organisierte sich in der bürgerlichen Gesellschaft als Klasse. Die bürgerliche Gesellschaft, sich ihres heranwachsenden Todfeindes bewußt, zieht dem Befreiungskampfe des Proletariats ganz bestimmte Grenzen. Ueber die hinaus zu gehen, dem Proletariat Konflikt mit der Staatsmacht, Klassenjustiz und soziale Erniedrigung auf jeden Fall einträgt. Der formellen politischen Gleichheit — steht gegenüber die soziale Ungleichheit, die Macht des Besitzenden über den Besitzlosen. Der demokratische Kampfboden, den die Sozialdemokratie um jeden Preis erhalten will, wird von ihr um den Preis des Verzichtes auf den revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Demokratie, d. h. die Klassenherrschaft der Bourgeoisie erkauft. Wenn die Arbeiterklasse den demokratischen Kampfboden nicht verläßt, das heißt, die von der bürgerlichen Gesellschaft durch ihre Klasseninteressen, die Klassengesetze und die Staatsmacht eng umgrenzte Bewegungsfreiheit nicht überschreitet, ist sie ja zum — Sich-in-Kreise-zu-bewegen — verurteilt. Die ganze Logik Otto Bauers führt ad absurdum.

Wenn Otto Bauer das „Recht“, die bürgerliche Demokratie zu sprengen, erst davon ableitet, falls die Bourgeoisie selbst in einer revolutionären Situation es wagt, „sich der Entscheidung des Stimmzettels zu widersetzen“, so will das besagen, die Sozialdemokratie verzichtet grundsätzlich auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie auch in einer revolutionären Situation. Oder läßt Otto Bauer die revolutionäre Situation nur gelten, wenn sie bei den Austromarxisten ihre Visikarte mit 51 Prozent Stimmenmehrheit abgibt? . . .

Daß 51 Prozent Stimmenmehrheit noch lange keine revolutionäre Situation sind, darüber läßt der Parteitag keinen Zweifel offen. Im Gegenteil, hier beginnt der Parteitag erst seine praktische Politik für die Zukunft festzulegen. Die Wirtschaftsorderungen des Parteitages, für die die Sozialdemokratie leider keinen außerparlamentarischen Massenkampf, sondern nur einen Wahlkampf vorbereitet, haben nur für den Fall Aussicht, in ihrer die kapitalistische Wirtschaft „heilenden“ Wirkung in Anwendung zu kommen, wenn, wie Renner pathetisch sagt: „Wir morgen zur Regierung kommen (Koalition Anm. d. Verf.)“ wenn unser Volk uns die Mehrheit gibt, so werden wir unser Sofort-Programm auch sofort in Vollzug setzen.“

Ja, wenn das „Wenn“ nicht wäre, wäre Renner ein Bolschewik, so aber ist er gelehrter Lakai der Bourgeoisie und Otto Bauer ist seine linke Seite. Wenn aber das Volk dieser von allen großen Geistern erleuchteten Partei in Verkennerung der Tatsachen nicht die Mehrheit gibt — was dann?

Da hat Otto Bauer einen Trost. Er sagte: „Mir ist um den Ausgang des Kampfes, den die österreichische Reaktion begonnen hat, nicht bange. Sehen Sie, von Zeit zu Zeit, wenn es dem Lande besonders schlecht geht, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse besonders dringend verantwortungsschwere Entschlüsse heischen, dann ziehen die Christlichsozialen die Fahne der Verständigung auf,

dann werden sie Demokraten und Republikaner, dann haben sie keine andere Sorge, als die um die Volkswirtschaft, und dann laden sie uns immer ein, doch zusammen mit ihnen das Land vor den wirtschaftlichen Gefahren zu retten. Das war immer so; zuletzt noch nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt. Sobald aber die Christlichsozialen glauben, daß das Schlimmste vorüber sei, daß Oesterreich (das Kapital! Anm. d. Verf.) wieder einmal durch eine wirtschaftliche Gefahrenzone hindurch gegangen sei, holen sie die Fahne der Verständigung herunter und ziehen die Fahne des Antimarxismus auf, und dann kommen neue Angriffe auf die Demokratie.“

Sie spotten ihrer selbst. Will es das Schicksal, daß die SP nicht die Mehrheit kriegt (es ist ihr im Geheimen nichts lieber als das), so darf sie der Bourgeoisie, wenn es ihr schlecht geht, wieder aus dem ärgsten Dreck helfen, um darnach von ihr zum „Dank“, mit „antimarxistischem“ Dreck beworfen zu werden.

Das ist geradewegs jene Politik, die zu untersuchen Dr. Otto Bauer begrifflicherweise vermeidet und die, wie er sagt: „Im Laufe eines jahrelangen Prozesses . . . die Arbeiterklasse Deutschlands so zermürbt“ hat, „daß sie schließlich nicht mehr imstande gewesen ist, die Demokratie zu verteidigen.“ Und es wäre, um der Wahrheit die Ehre zu geben, noch hinzuzufügen: wenn es ausschließlich nach der Politik der SPD und der II. Internationale ginge, würde sich auch „keine Hand zum Schutze“ der Arbeiterdemokratie, das sind die im jahrzehntelangen Kampfe errungenen Rechte der Arbeiterklasse, rühren.

Jeder denkende Arbeiter wird nun begreifen, was wir unter Verteidigung der Demokratie und was wir unter Verteidigung der Arbeiterdemokratie zu verstehen haben. Im ersten Fall die bürgerliche Gesellschaft, ihren Staat und die grundlegenden Klasseninteressen der herrschenden Klasse, im anderen Fall aber haben wir die proletarischen Klasseninteressen gegen den bürgerlichen Staat und die Angriffe der herrschenden Klasse im revolutionären Kampfe zu verteidigen.

Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft, ihren Staat und ihre Organe zu sprengen und sich als herrschende Klasse zu konstituieren. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist undenkbar, ohne eine Periode der proletarischen Diktatur. Oder mit anderen Formeln: Die bürgerliche Demokratie wird von der sich in ihrem Schoße entwickelten und zur Macht strebenden proletarischen Demokratie gesprengt. Eine absolute Demokratie aber wird erst in der sozialistischen Gesellschaft sein, in der es keine Klassen und keinen Staat mehr geben wird.

Eine sozialdemokratische Stimmzettelmehrheit reicht im besten Falle dazu aus, die Geschäfte der Bourgeoisie mit weniger sozialen Erschütterungen zu führen, um von einem reaktionären Regime wieder abgelöst zu werden. Je mächtiger die Sozialdemokratie war, desto größer war der Sturz des Proletariats von seiner vermeintlichen Höhe in die Tiefe. Das lehrt die Geschichte der letzten 20 Jahre.

Dem Kardinal-Problem, wie dem sterbenden Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen, wie der Krise eine revolutionäre Lösung zu geben, ging der Parteitag im großen Bogen aus dem Wege. Statt zündende Parolen zum Kampf, wie sie ein Delegierter verlangte, beschloß er, auf die Stimmenmehrheit zu warten.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryeckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linkspopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

Aus der Internationale

Ohnmächtige Wutausbrüche der entlarvten Opportunisten

Unsere Erklärung gegen die opportunistischen Einigungsversuche der Linkszentristen haben wie eine Bombe eingeschlagen — viel stärker, als wir es erwarteten, denn die Partner der „Einigung“ waren sich bereits in der Zwischenzeit in die Haare geraten. Frey, der gehofft hatte, weil Trotzki tatsächlich für die Anerkennung seiner Gruppe war und sein Delegierter, der im September einige Zeit in Berlin weilte (Modlich), vom „Internationalen Büro“ freundlich angehört wurde, daß seine Gruppe die Sektion der internationalen Fraktion Trotzki in Oesterreich sein werde, wurde aufs bitterste enttäuscht.

Trotzki, die österreichische Frage bereits genug Rätsel aufgegeben hatte, war entschlossen, sich nicht mehr um die weitere Entwicklung der Dinge in Oesterreich zu kümmern. Dadurch traten andere Kräfte im sogenannten Internationalen Büro Trotzki in den Vordergrund. Polzer fand in Senine, mit dem er in der deutschen Permanentengruppe den rechten Flügel bildete, der für die „Arbeiter- und Bauernregierung“ eintritt und damit rechts von Brandler steht, einen Bundesgenossen. Senine aber und Jeanne — kennen beide den Bericht Moliniers 1930 über die Freygruppe. Als Molinier im Pariser administrativen Büro gefragt wurde, ob die Freygruppe über ernste Kräfte verfüge, berichtete er nach den Mittellungen Senines folgendes: „Frey lud mich und Mille zu einer Sitzung seiner Gruppe ein. Es sprach Frey. Plötzlich ging die Tür auf und ein alter Mann, ein Glas Bier in der Hand, trat ein. Frey unterbrach seine Rede, da er den alten Genossen scheinbar nicht sofort erkannte; der sah verwundert auf Frey und fragte: „Kennst du mich nicht Gen. Frey?“ Seht!“ fügte Molinier hinzu, „dieser Neuc, das war der Jüngste der Frey-Gruppe.“

Diese Einschätzung Moliniers, die überall kolportiert wurde und die nebenbei eine Karikatur der wirklichen Schwächen in der Zusammensetzung der Freygruppe darstellt, zeigt den Zynismus dieser „Emissäre“.

Auf dieser Basis operierte Polzer, um seine kleine Clique, die er mit Mayer und Grad aufbaute, als Sektion der Trotzki-Gruppe in Oesterreich anerkennen zu lassen. Unter seiner Führung konstituierte sich diese Clique, in jeder Beziehung von den deutschen Permanentlern unterstützt, am 19. Oktober als „Sektion der Internationalen Linken Opposition“.

Als Frey im Verlaufe der Einigungsverhandlungen merkte, daß es bei dieser Einigung um seinen Kragen geht, daß niemand daran denkt, ihm die Führung der Opposition zu übergeben, sondern daß der Plan Polzers weiterbesteht, Frey durch eine Einigung zu „liquidieren“ — da brach er die Verhandlungen ab.

Jetzt bezeichnet der betrogene Opportunist Frey unsere richtigen und genauen, jederzeit durch Dokumente belegbaren Angaben über die „Einigungskonferenz“, die für den 30. Oktober in Wien, XVI., Dehnbardstraße, geplant war, als „elende Schwindeleien“. Der Rückzug Freys, durch einen Angriff auf uns verdeckt, ist nicht weniger opportunistisch, als seine Einigungsverhandlungen. Unter machtpolitischen Gesichtspunkten hat er für die Einigung gewirkt und aus machtpolitischen Gründen hat er sie abgelehnt; der unpolitische, ehrgeizige Bürokrat ist sich selbst nicht untreu geworden.

Die Polzer-Mayer-Clique, der Frey aus dem Falle entschüpft ist, hat uns auf unsere Erklärung mit einem Brief geantwortet, den sie als

„Linke Opposition der KPOe (Bolschewik-Leninisten) Sektion der Intern. Linken Opposition“

unterzeichnet, firmenmäßig, mit entsprechendem Stempel. Diese üblen politischen Hochstapler, die über drei oder vier Leute verfügen, haben, wahrscheinlich als Antwort auf den Beschluß unserer Grazer Konferenz vom 2. Oktober am 19. Oktober einen „Beschluß“ gefaßt, daß sie — „lacht nicht, so heißt es wörtlich — die „Mehrheit der ehemaligen Mahnrufgruppe“ darstellen.

In diesem bemerkenswerten Dokument politischer Impotenz und moralischer Verlotterung schreiben die herausgeworfenen Renegaten, daß

a) sie mit der Geschäftsführung des „Mahnruf“ durch Gen. Daniel nicht einverstanden seien,
b) daß Gen. Daniel für die seinerzeitige, vorübergehende Zusammenarbeit mit Rechten verantwortlich sei.

Wir begnügen uns hier mit einer kurzen Feststellung zu diesen zwei Punkten:

Punkt a. Wir erwarten, daß diese Leute in ihrer Presse, die sie in Oesterreich verbreiten, öffentlich ihre Beschuldigungen vertreten werden. Wir werden dann unsere Archive öffnen und der proletarischen Öffentlichkeit mitteilen, daß diese Herrlein in diesen Verleumdungen seit zwei Jahren in Briefen an den Gen. L., der damals Mitglied des Intern. Büros war, gegen die Genossen Daniel und Koch gearbeitet haben und daß sie auf die erste Aufforderung, entweder konkretes Material vorzulegen oder eine solche unerhörte, aus persönlichen Motiven stammende Verleumdung sofort einzustellen, mit verlegener Einstellen ihrer Verleumdungen, wenigstens für einige Monate, geantwortet haben. Diese Verleumder scheuten damals nicht davor zurück, unseren Gen. Koch, der mit solcher Opferwilligkeit den „Mahnruf“ vertreibt, bei dem deutschen Vertreter des Internationalen Büros zu beschuldigen, Gen. Koch bereichere sich am „Mahnruf“!

Punkt b. Die politischen Eunuchen, die mit den schändlichsten Verleumdungen arbeiten, werfen uns die Schuld an der Zusammenarbeit mit den Rechten vor. Sie haben, wie alle prinzipienlosen Elemente, ein sehr schlechtes Gedächtnis und haben bereits ihre eigenen Briefe an den deutschen Vertreter im Intern. Büro vergessen, in denen sie dem Gen. Daniel vorwerfen, er hintertreibe diese notwendige Zusammenarbeit mit der Rechten!

Die Herrlein schreiben, daß unsere Differenzen mit dem Gen. Trotzki „unweigerlich zum Stalinismus führen“ a la

Gräf“. Das scheint doch nicht ganz zu stimmen, denn unsere Differenzen mit Trotzki bestanden u. a. darin, daß wir Trotzki vor einem Jahre vorwarfen, nicht genügend scharf gegen Gräf aufzutreten. Damals hat Polzer in der deutschen Opposition um Aufnahme. Da Polzer Jahre mit Gräf durch dick und dünn gegangen war, wurde Polzer in der Mitgliederversammlung der Berliner Linken-Opposition am 28. Januar 1931 vor die Frage gestellt, sich von Gräf loszusagen, was Polzer ablehnte; er wurde daher als ein halber Kapitulant und Anhänger Gräfs nicht aufgenommen. Und dieser Bursche diktiert seinen Kumpanen einen Beschluß, in dem es heißt, wir gingen den Weg Gräfs! Wahrhaftig, kein Feind könnte diese politischen Hochstapler so bloßstellen, wie sie es selbst tun. Und diese Gruppe, geschaffen mit dem „historischen Ziel“, Frey übers Ohr zu hauen, diese verfaulenden Elemente, die sich an allen Rockschnüben zugleich festhalten, an Trotzki, an Rihs (dem Rechten), an Glass, den Unpolitischen, an die Liquidatoren von rechts, diese Elemente fassen am 19. Oktober einen Beschluß mit solchen Anschuldigungen gegen uns, in dem es u. a. heißt: „da die Genossen Danfel, Koch und Güttel sich mit Landau solidarisierten, bezeichnet dies die Sitzung als politische Lumperei und erklärt, diese Genossen aus ihren Reihen auszuschließen“.

Und am 29. Oktober schreiben die gleichen Herren einen Brief an den „politischen Lumpen“, Güttel, und bitten ihn, als Vertreter der Mahnrufgruppe zu einer Einigungskonferenz zu kommen!

Und nun soll jeder sagen, ob wir übertrieben haben, wenn wir sagen, daß hier elende politische Hochstapler am Werke sind, die selbst kein Wort von dem glauben, was sie gegen uns schreiben, die uns unarmen wollen, wenn wir zu ihnen kämen, und uns mit Dreck bewerfen, weil wir ein Zusammengehen mit Opportunisten weit von uns gewiesen haben.

Und diese Gruppe ist die „österreichische Sektion“ der internationalen Fraktion des Gen. Trotzki! Armer Genosse Trotzki! Er kann wahrhaft von sich sagen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden kann ich mich selbst schützen.“

Erklärung der Mehrheit

Zum Fall Mayer-Thoma.

Die am 2. Oktober tagende Konferenz der Linken stellt fest, daß die Renegaten Mayer und Genossen um den Preis einer Gemeinschaft mit dem zynischen Ignoranten Polzer aus unseren Reihen desertiert sind. Ihre Spekulation auf Anerkennung durch Trotzki, als Preis für ihr Renegatentum, hat sich als fälschlicher Opportunismus erwiesen. Wenn sie sich selbst treu bleiben wollen, so bleibt ihnen nur der Weg zu Frey offen, dessen Aufnahme in die Internationale Fraktion Trotzki zu den traurigsten Kapiteln in der Geschichte der Fehler Trotzki fällt. Die Linke Opposition Oesterreichs steht in ihrer überwiegenden Mehrheit und ihren Grundkaders unerschüttert da und geht mit Verachtung über diese kläglichen Kapitalanten ihren vorgezeichneten Weg weiter.

Die Konferenz fordert die Kapitalanten auf, alles Material der Gruppe, das sich in ihren Händen befindet und dessen Herausgabe sie bisher verweigerten, auszuliefern, widrigenfalls wir euch der Unterschlagung von Eigentum einer proletarischen Organisation beschuldigen müssen.

Die Konferenz gibt euch eine Frist von 8 Tagen, dattiert vom Tage des Empfanges dieses Schreibens; ist bis dahin das Material nicht abgeliefert, sind wir gezwungen, dieses Schreiben der proletarischen Öffentlichkeit zu übergeben und gegen euch ein proletarisch-schiedsgerichtliches Verfahren einzuleiten.

Für das Präsidium:
Koch, Steingruber, Güttel.

Bezeichnende Methoden der Polzer-Clique

Wir veröffentlichen nachstehend eine Zuschrift des Gen. Heindl, aus der einwandfrei hervorgeht, daß Gen. Heindl gar nichts davon wußte, daß er einem „Einigungs-Komitee“ angehört. Da Frey allem Anschein nach — trotz früherer Verhandlungen — unmittelbar an der Vorbereitung der „Einigungskonferenz“ auch nicht beteiligt war, so realisiert sich die ganze Komödie als ein offensichtlich Betrug der Polzer-Mayer-Clique, die bei ihrem Manöver vertuschen wollten, sie hätten „unter ihrer Führung“ die Einigung organisiert. Es ist bezeichnend, daß diese Leute — Polzer-Mayer-Grad — in ihrem Schreiben vom 13. November an uns wohl ihren „Beschluß“ vom 19. Oktober mitteilten, aber mit keinem Wort die „Einigungskonferenz“ ablegneten. Es ist schwer, angesichts solcher Methoden diese Leute, die bei jedem Schritt die Schule Toman verraten — politisch zu bewerten; im Grunde genommen handelt es sich hier mehr um eine Lausbüherei.

Genossen Karl Daniel, Wien, V., Gartengasse 1, Wertler Genosse!

In der Nr. 22 der Zeitschrift „Der neue Mahnruf“ — erschienen im November 1932 — erschien in der Rubrik „Aus der Internationale“ ein Artikel, in welchem ich neben Berni, Modlich, Mayer und Thoma als Einberufer einer Konferenz genannt wurde.

Ganz abgesehen davon, daß ich niemals an der Einberufung einer Konferenz teilnehmen würde, der die Frage Freys, ob man den österreichischen Opportunismus überwinden oder nicht vielleicht doch vor dem Faschismus kapitulieren solle, erörterungswürdig erscheint, habe ich von dieser Konferenz erst durch den erwähnten Artikel erfahren.

Wer in meinen Namen Jansbüsch mitbringt hat, ist mir unbekannt. Ich ersuche Dich aber, diesen Mißbrauch in der nächsten Nummer der Zeitschrift „Der neue Mahnruf“ festzustellen, da es mir unangenehm wäre, gegen Dich, der selbst ein Opfer dieser Mystifikation ist, mit einer Berichtigung im Sinne des Preßgesetzes vorgehen zu müssen.

Mit den besten Grüßen
Joseph Heindl, Wien, II., Jagtzeuggasse Nr. 37/6,
Wien, am 15. November 1932.

Indochina 15 oppositionelle Kommunisten in Saigon verhaftet

Wir entnehmen diese Nachricht der Presse der imperialistischen Blätter. In Indochina nimmt der Terror kein Ende! Nachdem er die revolutionären Nationalisten dezimiert hat, geht er nun gegen die kommunistische Linksoption vor, die einen konsequenten Kampf gegen den mit dem französischen Imperialismus verbündeten indochinesischen Kapitalismus führt.

Unverküßlich und skandalös aber ist es, mit anzusehen, wie die „Humanität“ in den Händen der Stalinschen Bürokraten sich bewußt oder unbewußt zum Helfer des Henkers macht. Die „Humanität“ schweigt über die Gräueltaten, denen unsere Genossen zum Opfer gefallen sind. Nur die „Défense“ (Organ der Roten Hilfe) hat darüber kurz berichtet. Wie weit die Entartung und das Sektierertum des Stalinschen Organs gediehen ist, das sich würdig an die Seite der bürgerlichen Presse stellen darf, das zeigen die Ereignisse in Indochina. Es hat den Bürokraten nicht genügt, daß der Spitzel Cator Jahre und Jahre die Revolutionäre in den Kolonien den Kugeln und der Guillotine ausgeliefert hat. Sie bedecken jetzt mit dem Schleier schamhafter Verschwiegenheit die Verbrechen des Regimes Herriot-Pasquier.

Wir aber richten an alle revolutionären Arbeiter den Appell, noch intensiver den Kampf um die Amnestie aller Opfer des republikanischen Regimes zu führen.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagsordnung:
Der SP-Parteitag und die Einheit der Arbeiterklasse.
Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

S. 471/92.

Im Namen der Republik
Das Strafbezirksgericht I in Wien als Pressengericht hat heute in Gegenwart des Privatanklägers Otto Heindl-Heinz, seines Vertreters Dr. Otto Wiesenthal, des Angeklagten Karl Daniel und seines Verteidigers Dr. Heinrich Konrad über die Anklage, die der Privatankläger gegen Karl Daniel, 30 Jahre alt, verh., Metallarbeiter erhoben hatte, nach durchgeführter Verhandlung zu Recht erkannt:

Der Angeklagte Karl Daniel ist schuldig, im August 1932 in Wien als verantwortlicher Schriftleiter der Zeitung „Der neue Mahnruf“ bei Aufnahme der Stellen:

1. „Weltreform-Schwindel-Partei.“
2. „... mit dem politischen Schwindel dieser ...“
3. „auf den kriminalistischen Teil dieser Schwindelpartei hinzuweisen.“
4. „... wurde ihm zwar versprochen, über das Versprechen nicht zu handeln.“
5. „... geprellte Beamte ...“
6. „... abgefeimter Weltreformer ...“
7. „... solchen Schwindlern noch an der Nase herumführen lassen“ in dem Aufsatz mit der Überschrift „Weltreform-Schwindel-Partei“ in Nummer 16 der genannten Zeitung vom August 1932, deren Inhalt den Tatbestand der Ubertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach §§ 487, 491 St. G. begründet, jene Sorgfalt vernachlässigt zu haben, bei deren pflichtmäßiger Anwendung die Aufnahme des strafbaren Inhaltes unterblieben wäre.

Er hat hiedurch die Ubertretung nach § 30 Pr. G. begangen und wird nach dieser Gesetzesstelle zu einer Geldstrafe im Betrage von 8 30.— (dreißig Schilling), im Nichteinbringlichkeitsfalle zu drei Tagen Arrest, und nach § 389 St. G. zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens verurteilt.

Gemäß § 43/1 Pr. G. wird der Angeklagte ferner verpflichtet, dieses Urteil in der ersten oder zweiten Nummer der Zeitung „Der neue Mahnruf“, die nach Rechtskraft dieses Urteiles erscheinen wird, in der in § 23 Pr. G. vorgeschriebenen Weise zu veröffentlichen, widrigens die genannte Zeitung nicht mehr erscheinen dürfte.

Gemäß § 41 Pr. G. wird die Nummer 16 der Zeitung „Der neue Mahnruf“ vom August 1932 für verfallen erklärt.

Gründe:
Der Beschuldigte war zugegenenmaßen verantwortlicher Schriftleiter der Nummer der Zeitung „Der neue Mahnruf“ vom August 1932, in der der inkriminierte Artikel erschienen ist.

Er hat den Artikel vor der Drucklegung nicht gelesen. Inhaft daher nach § 30 Pr. G.

Objektiv enthalten diese Stellen den Vorwurf des Betruges (§ 487 St. G.) und bezeichnen den Privatankläger als „abgefeimten Weltreformer“ (§ 491 Pr. G.).

Der Schuldpruch ist daher begründet.
Bei der Strafbemessung war erschwerend kein Umstand, mildernd Geständnis und relative Unbescholtenheit. Die Strafe erschien daher als angemessen.

Die übrigen Entscheidungen beruhen auf den bezogenen Gesetzesstellen.
Wien, am 28. Oktober 1932.
J. G. R. Dr. Standhartinger n. p. Schläuser n. p.